

Unterricht neu denken

Zu: „Warum ignoriert die Politik Kinder“, FR-Magazin vom 31. August

1972 wurde ich Lehrerin an einer Integrierten Gesamtschule im Landkreis Wetzlar. Damals ein Modellversuch; alle Schulen des Kreises wurden durch den SPD-geführten Kreistag als Schulträger in diese Schulform verwandelt. Keine Leistungsselektion nach der 4. Klasse, gemeinsames Lernen außer in Mathematik und Englisch bis zur Klasse 10. Für mich eine faszinierende Erfahrung, die zunächst eine Herausforderung war, Unterricht und Lernziele neu zu denken. Sogleich begann die Abwanderung von Eltern, die ihre Kinder in den Gymnasien der umliegenden Landkreise meldeten, weil sie befürchteten, ihren Kindern könnte zu wenig Fachwissen vermittelt werden. Dazu kam ständiger Druck der politischen Opposition, die die Einführung des Sozialismus durch die IGS an die Wand malte.

Die Folge war im Lauf der Jahre, dass die IGS nachweisen wollte, das bessere Gymnasium zu sein. Also immer mehr leistungsgetrennte Kurse, mehr äußere Differenzierung. Das ließ engagierte Lehrer:innen und Eltern verzweifeln, denn gemeinsames, oft projektorientiertes Lernen und Leistung schließen sich keineswegs aus. Für viele Eltern, Politiker und auch Lehrer:innen wohl doch, denn in zwischen gibt es im Altkreis Wetzlar wieder ein Gymnasium, additive Gesamtschulen (getrennte Schulformen unter einem Dach) und einige auf Kursselektion setzende IGS. Also eigentlich fast alles wieder wie vor 60 Jahren. Karin Bökel, Lahnu



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Schleichender Prozess der Entsolidarisierung

Zu: „Perfider Angriff“, FR-Wirtschaft vom 17. September, und „Quarantäne ohne Geld“, FR-Politik vom 23. September

Informelle gesellschaftliche Arrangements in Gefahr

Ich bin gegen die Abschaffung eines Lohnersatzes für Ungeimpfte, die in Quarantäne müssen. Die Politik untergräbt mit dieser Forderung das Prinzip der Solidarität, welches nicht nur unsere Sozialversicherungen, sondern auch informelle gesellschaftliche Arrangements trägt. Dieses Solidaritätsprinzip ist ein hohes Gut. Wird es plötzlich von der Politik infrage gestellt, bin ich mir sicher, dass Entsolidarisierung bald auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen als ein gangbarer Weg erscheint, um Kosten zu sparen oder Druck auf Menschen auszuüben, um sie in eine bestimmte Richtung lenken zu können. Ich finde es unerträglich, dass die Politik diesen Gedanken ausgesprochen hat, er ein mediales Echo erfährt, als richtig und alternativlos dargestellt wird und so zur Erosion der Solidarität in unserer Gesellschaft beiträgt.

Durch die Notzulassung konnten sich besonders vulnerable Menschen schnell durch eine Impfung vor einem möglichen dramatischen Krankheitsverlauf schützen. Der Nutzen überwiegt dann die Sorge vor negativen Folgen der Impfung in naher oder ferner Zukunft. Ich kann das sehr gut nachempfinden. Des weiteren kann ich es auch nachvollziehen, wenn Menschen Bedenken haben, sich mit diesem neuen Impfstoff immunisieren lassen zu wollen. Bedenken, die fernab von verschwörungsbasiertem oder Corona bagatellisierendem Denken sind. In den Verträgen, welche die Regie-

rung mit Biontech abgeschlossen hat, wird festgehalten, dass die langfristigen Wirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs derzeit nicht bekannt sind und dass der Impfstoff unerwünschte Wirkung haben kann.

Gundis Hihn, Freiburg

Durch Impfung zur Immunität

Der Autor stellt fest, dass die historische Lohnfortzahlung, die Arbeitgeber:innen schon immer ein Dorn im Auge war, abgeschafft werden soll, und zwar von den Grünen und der SPD; denn für diejenigen, die sich nicht gegen das Covid-19-Virus impfen lassen wollen, sollen die Lohnfortzahlungen während der Quarantäne fallen: „Die Alarmstufe Rot ist erreicht. Wer an einer Ecke anfängt zu nagen, bringt über kurz oder lang das ganze Gebäude zum Einsturz.“

Der Autor polemisiert gegen „die veröffentlichte Meinung“ (wer ist damit eigentlich gemeint?) und weist pauschal nach, dass Impfschutz weitgehend unwirksam ist und daher kein Unterschied gemacht werden sollte, ob jemand geimpft ist oder nicht. Was der Autor (er ist Mediziner) eigentlich wissen sollte, ist auf drei Hinweise beschränkt:

1. Sogenannte Durchbrüche gibt es. Von einer Million geimpfter Menschen erleiden etwa 2000 eine erneute Infektion durch das Covid-19-Virus.

2. Über 80% aller zurzeit Infizierten haben sich nicht impfen lassen.

3. Für jeden Erreger einer Infektion, für die es wirksame Impfstoffe gibt, führen zeitlich

unterschiedlich lange Zeiträume durch Impfung zur Immunität. Als älterer Mensch lasse ich mich seit etwa 20 Jahren gegen Grippeviren impfen. Mit meinem Hausarzt habe ich einen jährlichen Impfrhythmus vereinbart. Ich war noch nie von Grippe infiziert.

Fazit: Impfen lohnt sich, und es ist unbekannt, dass Grüne und SPD die Lohnfortzahlung abschaffen wollen.

Arno Mücke, Göttingen

„Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“

Ungeimpfte riskieren ihre eigene Gesundheit und ihr Leben. Wird 3G gefordert, so sind sie negativ getestet und daher mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht infektiös. Sie lassen sich im Falle eines Infekts testen und gehen in (bezahlte) Quarantäne.

Geimpfte gefährden ihr eigenes Leben weniger, durch laut Herrn Kekulé häufiger riskante Verhaltensweisen das Leben anderer umso mehr, da sie von ihrer Infektion oft nichts wussten. Sie verbreiten das Virus ungetestet, somit unsichtbar und nicht nachverfolgbar an ihrem Arbeitsplatz, in Läden, Restaurants. Sie tragen so in einer „unsichtbaren Welle der Geimpften“ zum prognostizierten „Herbstorkan“ an Infektionen bei.

Zu erwarten ist bei kostenpflichtigen Tests, die bei positivem Ergebnis Verdienstaustausch zur Folge hätten, eine nachlassende Testbereitschaft, denn „erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“. So dürfte auch diese Maßnahme zur weiteren Ausbreitung der Pandemie beitragen.

Rainer Stockmann, Dreieich

Strom, hausgemacht

Zu: „Standby kostet 115 Euro pro Jahr“, FR-Wirtschaft vom 20. September

Notwendig und zukunftsrelevant, dass die FR Rekordwerte bei Stromverbrauch und Stromkosten im Haushalt thematisiert. Bürger*innen müssen begreifen, dass sie selbst ihre Kosten beeinflussen können.

Zwei Gesichtspunkte haben mir gefehlt. Zum einen gibt es bei den Energiewerken Schönau die Chance, mit seinen Stromkosten für eine Neuanlagenquote bei erneuerbaren Energien zu sorgen. Erst damit wird Strom aus Kohle und Atom sukzessive aus dem Markt gedrängt. Zum anderen gehört auch für Bewohner*innen von Mehrfamilienhäusern das Balkonkraftwerk zum stromsparenden ökologischen Instrumentarium.

Mit Hilfe von Solarmodulen mit einer Leistung von bis zu 600 Watt aus „hausgemachten“ erneuerbaren Energien kann der Verbrauch des ständig benötigten Haushaltstroms bestritten werden. Dadurch reduziert sich der eigene Fußabdruck um bis zu 700 g CO₂ pro Kilowattstunde. Heinz Renz, Holzgerlingen

FR ERLEBEN

Peter Hanack moderiert den Fachtag „Bildungschancen vor Ort erhöhen“ der Transferagentur Hessen. Es geht um Bildungsgerechtigkeit und lokale Handlungsmöglichkeiten angesichts der Erfahrungen mit der Corona-Krise, die auch eine Bildungskrise ist. Es referieren Raphaela Schlicht-Schmälzle vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Axel Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln und Horst Weishaupt vom Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation. Die drei Impulsvorträge können live per Stream verfolgt werden.
Dienstag, 28. September, 10 Uhr
Anmeldung: transferagentur-hessen.de, Veranstaltungen

Pitt von Bebenburg moderiert die Online-Diskussion „Nach der Bundestagswahl – Weiter so oder Neustart?“ der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen mit dem Grünen-Landesvorsitzenden Philip Krämer und der Soziologin Sigrid Roßteutscher.
Mittwoch, 29. September, 19 Uhr
Youtube-Kanal der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen



Mögen Feldwespen Oliven?

„Ich schaue in diesem Jahr bei den Insekten im Garten genauer hin“, schreibt Benedikte Roberz, „und es gibt so viele verschiedene zu entdecken; man braucht nur manchmal ein wenig Geduld.“ Sie hat friedliche Feldwespen zu Besuch, die sich

ihren Olivenbaum als Nistplatz ausgesucht haben. „Aber deren Nest fiel dann doch einem Regenguss zum Opfer.“ Weitere Informationen über das Projekt „Insektenoase“ gibt es unter: frblog.de/garten-x1